

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 8.— Mk., vierteljährlich 24.— Mk., Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
 ♦♦♦♦♦ der Freien Stadt Danzig ♦♦♦♦♦
 Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelgenpreis: Die 8-spaltige Zeile 3.— Mk. von auswärts 4.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bef. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 9.— Mk. von auswärts 12.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2946 Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3260.

Nr 35

Freitag, den 10. Februar 1922

13. Jahrgang

Reichsregierung und Eisenbahnerstreik.

Eine Erklärung des Reichskanzlers im Reichstag.

Der Reichstag trat gestern zu einer Sitzung zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde mitgeteilt, daß der bekannte Streikverbot des Reichspräsidenten außer Kraft getreten sei. Präsident Ebert erklärt, daß dadurch die Anträge auf Aufhebung des Erlasses erledigt sind. Abg. Hoffmann (Kom.) beantragt namens seiner Fraktion die Einstellung aller Disziplinarverfahren gegen streikende Beamte. Abg. Ledebour (U.S.) beantragt, diesen Antrag gemeinsam mit der Erklärung des Reichskanzlers zur Aussprache zu stellen. Das Haus ist damit einverstanden.

Darauf ergriff Reichskanzler Dr. Wirth das Wort zu einer längeren Erklärung. Er wies einleitend daraufhin, daß nur der Verzicht auf politische Romantik sowie auf einseitige und egoistische Interessenvertretung Deutschland über die schwere Zeit hinwegbringt. Die gespannte und entscheidungsvolle Phase in der Außenpolitik gebiete, als Mitarbeiter hinter die Regierung zu treten oder wenigstens ihre Arbeit nicht leichtfertig zu stören. In dieser Hinsicht sei in letzter Zeit schwer gesündigt worden, und zwar von Elementen, die durch ihre Tätigkeit und Stellung in erster Linie dazu berufen sind, den Staat zu stützen. Arbeitsverweigerung eines Teiles der Beamtenschaft nenne er nicht Streik, sondern Revolte.

Der Reichskanzler schilderte sodann in kurzen Zügen die Entwicklung der Streikbewegung, mehrfach von der äußersten Linken durch lebhafteste Pfulrufe unterbrochen, und wies besonders darauf hin, daß im erweiterten Vorstand der Reichsgewerkschaft der Streik von nur 20 gegen 15 Stimmen bei einer Stimmenthaltung beschlossen wurde. Dem geschäftsführenden Ausschuss sei die Minderheit viel zu groß gewesen. In der Beamtenschaft habe sich der Streik im allgemeinen nur auf das Lokomotiv- und Zugpersonal beschränkt. Die anderen Eisenbahnerorganisationen hätten sich gegen den Streik erklärt. Dieser sei ferner in Süddeutschland und in Mecklenburg abgelehnt worden.

Zu den Forderungen, die der Bewegung den Anschein einer Berechtigung geben sollten, übergehend, führte der Reichskanzler aus, daß kurz nach der allgemeinen Erhöhung der Gehälter und Löhne, die das Reich, die Länder und Gemeinden mit einem Mehraufwand von rund 15 Milliarden belasten, der Deutsche Beamtenbund und die übrigen Spitzenverbände eine nochmalige grundlegende Neuregelung der Beamtensoldung verlangt haben, die eine weitere Belastung von 50—60 Milliarden bedeutet hätte. Diese Forderungen konnten nicht als geeignete Grundlage für neue Verhandlungen angesehen werden. Im allgemeinen gleichen Löhne und Gehälter jenen, wie sie von der Industrie bezahlt wurden.

Obwohl die Probleme der Beamtensoldung und auch die Grundgehälter beschleunigt nachgeprüft wurden und einen durchaus befriedigenden Verlauf zu nehmen versprochen, stellte die Reichsgewerkschaft am 27. Januar erneut unertragbare Milliardenforderungen. Diese Forderungen hatten Ultimatumcharakter. Jrgendeine Entschliebung über ein Arbeitszeitgesetz lag noch nicht vor. Die geforderte Zurückziehung des Referentenentwurfes war infolgedessen überhaupt nicht möglich. Auch der Standpunkt ist unbegründet, daß es sich dabei um ein sachlich ungerechtfertigtes Gesetz für die Eisenbahnbeamten handelte. Hinsichtlich des Acht-Stundentages sind Erlasse oder Verordnungen nicht ergangen, durch die bestehende Bestimmungen eingeschränkt werden sollten. Es handelte sich vielmehr nur um die richtige Durchführung und Anwendung bisheriger Vorschriften. Die sachlichen Grundlagen des Streiks waren teils unberechtigt, teils geringfügig, teils Gegenstand bereits eingeleiteter Verhandlungen. Die Reichsgewerkschaft lege sich ins Unrecht gegenüber der Beamtenschaft vornehmsten Rechte, die durch Anzettelung des ersten Beamtensstreiks schwer gefährdet sind. Welch schweren Stoß die Idee des Berufsbeamtentums hierdurch erlitten hat, läßt sich heute noch nicht übersehen. Die Reichsgewerkschaft legte sich aber auch ins Unrecht gegenüber dem gesamten deutschen Volke, indem sie ihm die Lasten aufbürden wollte, die es keinesfalls hätte tragen können und indem sie ihm neue Schwierigkeiten nach innen und außen bereitetete.

Die Kernfrage beim Streik war nicht die wirtschaftliche Frage und nicht die Arbeitszeitfrage, sondern die Frage des Streikrechts der Beamten. In dieser Frage kann keine Regierung zu einem anderen Ergebnis kommen als, für die öffentlich-rechtlich angestellten Beamten gibt es kein Streikrecht, nicht weil die Beamten Hörige sind, sondern weil sie ein Teil der Regierung sind, weil sie Organe der Regierung sind. Die Verfassung gibt jedem Deutschen, auch den Beamten, das Recht der Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen. Aber weder nach dem Wortlaut noch nach Sinn und Geist der Verfassung kann daraus abgeleitet werden, daß die Beamten entgegen ihrem Dienstverhältnis auch das Recht hätten, ihre Dienstgeschäfte gemeinsam niederzulegen. Der Beamte übernimmt nach Gesetz und Dienstverhältnis die Verantwortung für die Ausführung der öffentlichen Verwaltung, das ihm übertragene Amt keinesfalls preiszugeben. Diese Verpflichtung schließt eine einseitige Niederlegung der Geschäfte durch den Beamten aus. Dieser Verpflichtung gegenüber stehen besondere Rechte, kraft derer der Beamte gegen Kündigung und Entlassung besonders geschützt ist. Die Eisenbahnbeamten sind überwiegend lebenslanglich angestellt, sie erhalten ihr Gehalt im voraus. Ihre Pension und ihre Hinterbliebenenansprüche sind gesetzlich geregelt und gesichert. Diese Rechte sind mit einem Streikrecht der Beamten unvereinbar. Auch Sowjetrußland ist sich mit allen Staatsregierungen darüber einig. Es wäre nicht in der Lage, eine Regierung länger zu führen, wenn ein Streikrecht der Beamten anerkannt würde. Die Regierung erkennt aber die Pflicht des Staates an, durch Fürsorge für den Beamten in den Grenzen des Möglichen dazu beizutragen, daß der Körper der Beamtenschaft sozial gesund bleibt und an seiner traditionsmäßigen Aufopferung für den Staat nicht irre wird. Die Regierung hat durch die sachliche Erledigung der Beamteninteressen keinen Anlaß gegeben, dem Staat das Vertrauen zu kündigen und sich zu einer Aufrührerbewegung hinreichend zu lassen, die den Staat wie das Beamtentum schlechthin negiert. Mit der Streikbeendigung ist die Verordnung des Reichspräsidenten gegenstandslos geworden. Sie ist aufgehoben. Daß mit Aufhebung der Verordnung nun etwa das Streikrecht der Beamten wieder frei würde, diesen Schluß würde die Regierung niemals zugeben können. Wer es mit dem deutschen Volke gut meint, kann ihm nur raten, auf dem Wege zur Arbeit nicht leichtfertig Hindernisse für Staat und Gesellschaft aufzurichten. (Beifall bei der Mehrheit.)

Auf Vorschlag des Präsidenten Ebert wurde die Sitzung unter dem Protest der Kommunisten und Unabhängigen nach kurzer Debatte auf Freitag 1 Uhr vertagt.

Die Kommunisten haben im Reichstag ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung wegen ihrer Haltung zum Eisenbahnerstreik eingebracht. Die Unabhängigen, die sonst in außenpolitischen Fragen die Regierung unterstützt haben, scheinen diesmal eine andere Haltung einnehmen zu wollen. Auf der anderen Seite werden die Deutschnationalen ihren Haß gegen die jetzige Regierung nur zu gern durch Unterstützung dieses Antrages zum Ausdruck bringen, und selbst der Deutschen Volkspartei scheint die Verzögerung über die Ernennung Rathenau's ausreichend Anlaß zu sein, dem Mißtrauensvotum zuzustimmen. Inzwischen sind Bestrebungen im Gange, der Regierung trotz dieser kritischen Lage eine feste Mehrheit zu schaffen.

Teilweise Arbeitswiederaufnahme in Berlin.

Zusammenstoße zwischen Arbeitswilligen und Streikenden.

Die Arbeiter der städtischen Werke sind gestern in großer Zahl zur Arbeit zurückgekehrt und haben die Arbeit wieder im vollen Umfange aufgenommen. Die Technische Nothilfe wird zurückgezogen, sobald ein geordneter Betrieb gewährleistet wird. Die Straßenbahn hat gestern streckenweise auf den Hauptlinien den Betrieb wieder aufgenommen. Dabei kam es wiederholt zu Ausschreitungen Streikender, die die Wiederaufnahme der Arbeit zu verhindern suchten. So sammelte sich vor dem Depot in der Brandenburger Straße eine

große Anzahl Demonstranten und drang in das Depot ein. Die Arbeitswilligen wurden gezwungen, den Dienst aufzugeben und sich dem Demonstrationzuge anzuschließen. Der Zug marschierte dann nach dem Haleschen Tor, wo er die bereits in Betrieb befindlichen Wagen gewaltsam anhält. Die Fahrgäste wurden zum Aussteigen gezwungen, die Wagenführer verjagt.

Nach den gestern abend im Reichsverkehrsministerium vorliegenden Meldungen ist die Arbeit in den meisten Eisenbahndirektionsbezirken des Reiches ohne Reibung wieder aufgenommen worden. Nur in den Bezirken Erfurt und Essen bestehen noch Differenzen. In Essen fordern die Streikenden gewisse Garantien zu der Maßregelungsfrage. Gegenwärtig werden etwa 20 Prozent des gewöhnlichen Personenverkehrs bereits wieder gefahren, während der Güterverkehr noch etwas im Rückstande ist. Man rechnet damit, daß Anfang nächster Woche der volle Fahrplanmäßige Eisenbahnverkehr wieder in Gang sein wird. Im Eisenbahndirektionsbezirk Berlin konnte im Laufe des gestrigen Abends der Zugverkehr auf 55—60 Prozent des Gesamtfahrplanes gebracht werden. Auf den Abfahrtsbahnhöfen sind ausreichende Züge für alle Züge vorhanden. Der Schnellzugverkehr ist gestern abend nach allen Richtungen aufgenommen worden.

Die Braunschweiger Regierungsfrage.

Sozialdemokratie und Fall Sepp Dertter.

Am Dienstag nachmittag fand die erste Sitzung des neugewählten Braunschweiger Landtages statt. Es wurden lediglich die Präsidenten des Landtages gewählt und die Mitglieder für die Ausschüsse namhaft gemacht. Von weiteren Arbeiten wurde zunächst Abstand genommen. Auch die erhoffte Neubildung der Regierung ist bisher nicht erfolgt. Die bisherige rein sozialistische Regierung wird die Staatsgeschäfte bis zur endgültigen Erledigung der Frage weiterführen. Allem Anschein nach bleibt es bei der rein sozialistischen Regierung, da bekanntlich die Wahlen eine Zweistimmenmehrheit der sozialistischen Parteien mit Einschluß zweier Kommunisten ergeben haben. Die bürgerlichen Parteien verjüngen mit allen Kräften die bestehende Regierungskoalition zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen zu spalten. Als besonderen Anlaß hierzu nehmen sie den Fall des gewesenen unabhängigen Ministerpräsidenten Sepp Dertter, der bekanntlich wegen einer mysteriösen Bestechungsaffäre zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Da anscheinend noch sehr schwer belastendes Material gegen Dertter vorliegt, hat sich die Fraktion unserer Partei dagegen ausgesprochen, daß Dertter von den Unabhängigen wiederum als Minister präsentiert wird. Die Stellung der Unabhängigen Dertter gegenüber ist bis zur Stunde noch nicht völlig geklärt. Wenn die Unabhängigen sich nicht in unverständlicher Weise auf eine Ministerkandidatur Dertters verstehen sollten, erscheint die Wiederkehr einer rein sozialistischen Regierung nicht gefährdet; andernfalls dürften für die bisherige Regierungskoalition ernsthafteste Schwierigkeiten eintreten.

Neue trübe Enthüllungen über Dertter.

Blättermeldungen aus Braunschweig zufolge veröffentlicht unser Braunschweiger Parteiorgan neue Enthüllungen über den unabhängigen Ministerpräsidenten a. D. Dertter. Dertter soll danach während seiner Ministerpräsidentschaft von dem Fabrikanten Wemmel in Hethen, der während der Amtszeit Dertters zum Großkapitalisten geworden ist, 3 Prozent des buchmäßigen Reingewinns und später, wenn er dauernd in die Dienste des Fabrikanten trete, 10 Prozent Reingewinns und Vorwürfe in Höhe von 2000 und 10 000 Mark verlangt haben. Die Landtagsfraktion der sozialdemokratischen Partei hat an die Fraktion der USPD. ein Schreiben gerichtet, in dem sie verlangte, daß Dertter aus der Fraktion der USPD. ausscheidet und sein Landtagsmandat niederlegt. Anscheinend soll von der Erfüllung dieser Forderung das Eintreten der SPD. in eine Arbeitsgemeinschaft mit der USPD. abhängig gemacht werden.

Es ist traurig, daß Dertter, der durch den Otto-Prozeß bereits aufs schwerste belastet war, von den Unabhängigen überhaupt wieder aufgestellt wurde. Die Arbeiterbewegung hat jedenfalls alle Ursache, solche Elemente aus ihren Kreisen fernzuhalten.

Die Ungerechtigkeiten der jetzigen Einkommenbesteuerung.

Die Forderungen der Linken. — Keine Antwort des Senats.

Vollziehung des Volkstages

am Donnerstag, den 2. Februar 1922.

In der Aussprache über die Reform der Einkommensteuer wird fortgefahren. Als erster Redner sprach der

Abg. Man (l. S. P.), der darauf hinwies, daß die letzte Änderung des deutschen Einkommensteuergesetzes für Einkommen unter 24 000 Mark keine Ermäßigung brachte. Für die höheren Einkommen trat dagegen großer Nachschub ein. Das trifft besonders auf die höheren Beamtengruppen zu, die wegen Heranziehung zur Steuer eine 100prozentige Gehaltsverhöhung erhielten und sich nun vor der Steuerzahlung drücken wollen. Auf Antrag der Linken wurden in dem deutschen Steuergesetz einige Verbesserungen ergriffen. Jeder Steuerzahler kann von seiner Steuer 540 Mark Werbungskosten absetzen. Der Abzug für die Ehefrau ist um 800 Mark günstiger als in Danzig, für jedes Kind kann in Deutschland 800 Mark, in Danzig nur 150 Mark in Abzug gebracht werden. Das bezüglich der Abzüge die deutschen Steuerzahler günstiger gestellt sind als die Danziger, ist Schuld der Deutschen Partei, weil sie die Verbesserungsanträge der Linken abgelehnt hat. Die l. S. P. ist gewillt, die Steuerhöhe bis 50 000 Mark herabzusetzen. Die Antwort des Senats Volkmann habe nicht ergeben, ob der Senat der Anregung der Deutschen Partei folgen will.

Abgeordneter Genosse Reel:

Meine Partei begrüßt es, daß diese Anfrage an den Senat gerichtet worden ist. Nur hätte sie etwas anders formuliert sein müssen. Wir hätten wissen wollen, ob der Senat bereit ist, die Vergünstigungen einzutreten zu lassen, die nach dem deutschen Einkommensteuergesetz den Besitzen mit einem Einkommen von unter 50 000 Mk. gewährt werden, und nicht, wie die Anfrage der Deutschen Partei lautet, daß das Gesetz auch für die höheren Einkommen übernommen werden soll. Die Deutsche Partei hat nicht die Berechtigung gehabt, diese Anfrage an den Senat zu richten. Gerade die Vertreter der Deutschen Partei und aller anderen bürgerlichen Parteien waren es, die bei der Beratung der Novelle des Steuergesetzes vom Juni vorigen Jahres alle unsere Anträge, die dahin gingen, Erleichterungen für die niedrigen und mittleren Beamten und Arbeiter einzutreten zu lassen, abgelehnt haben. Es ist etwas sehr stark demagogisch, wenn man jetzt eine solche Anfrage an den Senat richtet. Aber vielleicht ist es auch der Umstand, daß die Beamten, soweit sie der Deutschen Partei angehören, da etwas nachdrücklich gehöhrt haben. Wir standen ja bei allen Steuerdebatten, solange als das Beamtenprivileg vorhanden war, in dem Kampf für die niederen Einkommensempfänger allein. Jetzt, nachdem das Beamtenprivileg gefallen ist, ist es erfreulich, daß auch die Beamten, soweit sie den bürgerlichen Parteien angehören, in diesen Parteien etwas Dampf machen, damit nach dieser Richtung hin etwas geschieht.

Erheblich niedrigere Steuerhöhe in Deutschland.

Was nun das Gesetz, welches im Deutschen Reich angenommen ist, anbelangt, so bietet es gerade für die Steuerzahler bis zu einem Einkommen von 50 000 Mk. große Vorteile. Vom Finanzsenator Volkmann ist gestern behauptet, daß dadurch, daß die Veranlagung bei uns nach dem Einkommen des vergangenen Jahres geschieht, während in Deutschland das Einkommen des laufenden Jahres versteuert wird, die Besitzen bei uns in Danzig günstiger stehen. Ich habe einige Einkommen errechnet und bin zu folgendem Ergebnis gekommen: Wenn jemand im Kalenderjahr 1921 ein Einkommen von 22 000 Mk. hatte und in diesem Jahre ein Einkommen von 31 200 Mk. hat, dann ist das eine Erhöhung von etwa 50 Prozent. Dann würde in Danzig nach unserem jetzigen Steuergesetz ein Steuerzins mit 8 Kindern 2240 Mk. Steuern zu zahlen haben, da bei 22 000 Mk. nicht 10 Prozent, sondern über 20 000 Mk. bereits 12 Prozent erfaßt werden. Es würden also 2240 Mk. Steuern zu entrichten sein, und für 8 Kinder würden in diesem Falle 800 Mark in Abzug gestellt werden dürfen, weil ja der Abzug von 150 Mk. pro Kind nur bis zu einem Einkommen von 15 000 Mk. stattfinden darf. 80 Mk. würden für die Ehefrau abgehen, so daß ein solcher Steuerzins in Danzig 1800 Mk. pro Jahr Steuern zu zahlen hätte, während derselbe Zins im Deutschen Reich, auch wenn man das Einkommen dieses Jahres zugrunde legt, nur einen Betrag von 998 Mk. zu entrichten hätte. 31 200 Mk. Einkommen würde im Reich eine Steuer von 3120 Mk. bedeuten. In Abzug kämen für diesen Steuerzins und dessen Ehefrau 480 Mk. nach dem deutschen Reichseinkommensteuergesetz. Es verbleiben 2640 Mark, und für 8 Kinder ein Abzug a 800 Mk. gleich 1080 Mk., so daß hier 1560 Mk. verbleiben, und davon gehen dann noch die Werbungskosten im Betrage von 503 Mk. für eine solche Familie ab, so daß tatsächlich bei einem Einkommen von 31 200 Mk., das würde einem Einkommen von 22 000 Mk. des Vorjahres entsprechen, nur 998 Mk. im Reich gezahlt werden, während bei dem gleichen Einkommen in Danzig 1800 Mk. — bei einem Einkommen von 22 000 Mk. — zu zahlen wären. Hieraus sehen Sie, daß es nicht zuviel gesagt war, als ich behauptete, daß es ein starkes Stück ist, daß der Senator Volkmann uns hier gestern vorzerrückt hat.

Ein ebenso starkes Stück war es, als der Herr Finanzsenator den § 8 des preussischen Einkommensteuergesetzes vorlas und den Nachweis zu erbringen versuchte, daß unser Einkommen, daß nur 600 Mk. an Werbungskosten abzugeben seien, nicht zutrifft. Ich will Ihnen den Abschnitt II Absatz 3 des preussischen Staatseinkommensteuergesetzes vorlesen. Er hat folgenden Wortlaut:

„Die von dem Steuerpflichtigen gesetz- oder vertragsmäßig zu entrichtenden Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherungs-, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen, soweit sie zusammen den Betrag von 600 Mk. jährlich nicht übersteigen. . .“

„Die von dem Steuerpflichtigen gesetz- oder vertragsmäßig zu entrichtenden Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung. . .“

(Sen. Volkmann: Das hat mit den Werbungskosten nichts zu tun.) An Werbungskosten, wie Sie sie auffassen, kann allerdings nach diesem Paragraphen bedeutend mehr in Abzug gebracht werden. Es würde zu weit führen, wenn ich alle die Werbungskosten zur Verlesung bringen wollte, die die Herren Besitzer und Großgrundbesitzer infolge dieses Paragraphen in Abzug bringen können. Dann würden die Abgeordneten des Hauses, soweit sie den § 8 des preussischen Einkommensteuergesetzes nicht kennen, sehr bald erfahren, daß eben dieses ganze Gesetz — und deswegen bekämpfen wir das preussische Staatseinkommensteuergesetz ja — ein Gesetz ist, welches nur den Lohn- und Gehaltsempfängern in der Infanterie und niederträchtigen Welse jeden Pfennig besteuert, während es den selbständigen Existenzen für die Steuerhinterziehung Tür und Tor öffnet. Darum bekämpfen wir es und verlangen, daß nicht nur eine Veränderung des Tarifs vorgenommen wird, sondern daß gerade der § 8 und die anderen Paragraphen, die von den Vereinskommmissionen usw. sprechen, geändert werden, denn diese Paragraphen sind es, die eben der Steuerhinterziehung Tür und Tor öffnen.

Wie widersinnig a. B. diese Bestimmung ist, daß für die Kranken-, Invalidenversicherungsbeiträge usw. nur 600 Mk. in Abzug gebracht werden dürfen, möchte ich Ihnen an folgendem nachweisen. Die hiesige Allgemeine Ortskrankenkasse ist gezwungen, den Grundlohn auf 60 Mk. pro Tag zu erhöhen. 7½ Prozent werden von dem Grundlohn an Beiträgen erhoben, so daß der Beitrag allein 4,54 Mk. pro Tag für die Krankenkasse mal 6 gleich 27 Mk. pro Woche und für 52 Wochen 1450 Mk. für jeden Selbstversicherten betragen würde. Hinzu kommen Invalidenbeiträge, so daß allein für diese beiden Arten der Sozialversicherung jeder Arbeiter fast 1704 Mk. bezahlen muß. Und nun steht dieses preussische Staatseinkommensteuergesetz vor, daß bis zu einem Höchstbetrage von nur 600 Mk. in Abzug gewährt werden dürfen. Hierdurch ist der Beweis erbracht, daß nicht nur der Tarif, sondern auch das ganze Gesetz von Grund auf geändert werden muß, wenn es irgendwie den Verhältnissen Rechnung tragen soll. (Sen. Volkmann: Sehr richtig!)

Die Steuerabzüge im Reich.

Das Reichseinkommensteuergesetz sieht vor, daß als Werbungskosten die Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden- und sonstigen Versicherungen, Beiträge für Sterbefällen bis zum Jahresbetrage von 100 Mk., Versicherungsprämien bis zu 3000 Mk., ferner die Beiträge zur gewerkschaftlichen Organisation, die Fahrkosten von und zur Arbeitsstätte, Aufwendungen für Berufskleidung usw. in Abzug gebracht werden dürfen. Bei der großen Zahl der Steuerreklamationen, die ich für gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gemacht habe, habe ich die Beobachtung machen müssen, daß die Beamten der hiesigen Steuerämter vielfach mit dem Gesetz vom Juni vorigen Jahres durchaus nicht vertraut waren, sondern daß jeder Beamte, bei dem der Steuerzahler seine Steuer reklamierte, die Bestimmungen ganz anders handhabte. Die Buchstaben A und B wurden anders wie die von C bis K usw. behandelt, daraus konnte jeder Beobachter ohne weiteres erkennen, daß die Beamten selbst nicht vertraut waren und daß die Herrschaften, die damit vertraut sein sollten, es vergaßen, ihren unteren Beamten Instruktionen zu erteilen.

Die ungerechte Veranlagung der Lohnarbeiter.

Vor allen Dingen ist es besonders der § 6 dieser Novelle vom Juni, der gerade die Lohnarbeiter auf die unerhörteste Weise belastet. Grundsatz auch in dem preussischen Einkommensteuergesetz ist es ja, daß keiner höher veranlagt wird, als er tatsächlich Einkommen gehabt hat. Für alle Steuerzinsen gilt dieser Grundsatz. Für große Teile der Arbeiterschaft gilt er leider nicht, und zwar vor allen Dingen für die Arbeiter nicht, die das Unglück hatten, mehrere Arbeitsstellen in einem Jahre zu haben. Sie wurden nach dem Artikel 6 des Gesetzes veranlagt, und zwar nach dem Ergebnis, welches andere Arbeiter desjenigen Betriebes hatten, in welchem sie zurzeit der Einschätzung beschäftigt waren. So kam es sehr häufig vor, daß ein Arbeiter, der mit den Bestimmungen des Steuergesetzes nicht so genau vertraut war und sich für die Zeit der Erwerbslosigkeit die Steuern nicht niederschlagen ließ, ein Einkommen zu versteuern hatte, das er in Wirklichkeit gar nicht gehabt hatte.

Das ist eine Ungerechtigkeit und eine Ausnahmestimmung nur gegen die Lohnarbeiter, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Der Artikel 6 dieses § 9 des preussischen Einkommensteuergesetzes besagt:

„Zu dem Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung das Ergebnis zugrunde zu legen, welches von anderen Personen von gleicher oder ähnlicher Beschäftigungsart im abgelaufenen Kalenderjahre nach den ortsüblichen Lohnsätzen, nach den geltenden Tarifen oder Besoldungsvorschriften erzielt worden wäre.“

Dieser Artikel ist eine Ausnahmestimmung gegen die Lohnarbeiter und besonders gegen diejenigen, die durch längere Erwerbslosigkeit in ihrem Einkommen bereits schlechter gestellt sind.

Es wurde nun von dem deutschnationalen Redner gestern darauf hingewiesen, daß es wohl in der Hauptsache darauf ankomme, das Gesetz für das Freistaatgebiet so schnell zustande zu bekommen, daß nicht, wie im vorigen Jahre, die Steuerzinsen zwei, drei oder vier Malen auf einmal zu bezahlen haben. Ich möchte hier die Frage aufwerfen, an wem die Schuld lag, daß im vorigen Jahre das so war. Doch an niemand anders als an der Regierung und der bürgerlichen Mehrheit des Volkstages.

Wir wenden uns nicht nur gegen den Tarif des Steuergesetzes, sondern gegen den Geist des ganzen preussischen Staatseinkommensteuergesetzes, und zwar, weil dieses Gesetz mit einer Spitzfindigkeit, wie man sie selten findet, darauf

ausgeschritten ist, diejenigen zu entlassen, die imstande wären, diese Lasten am besten zu tragen. Wenn in der Vereinskommmission die Hälfte der Mitglieder von der Regierung ernannt wird, so ist es nicht verwunderlich, daß bis zum vorigen Jahre die Vereinskommmission für einen Hektar besten Bodens einen Steuerbetrag von 800 Mk. als Reinertrag festgelegt hat. Während es doch heute offensichtlich ist, daß selbst bei einer mittleren oder schlechten Ernte für den Hektar der Reinertrag selbst bei dem Getreibe, wenn man das Umlageverfahren berücksichtigt, sich auf mindestens 6000 Mk. stellt. Das ist aber auch das Allerniedrigste, wobei gerechnet ist, daß 50 Zentner Getreide auf 1 Hektar erzielt werden, und rechnen wir nur 200 Mk. für den Zentner Getreide, dann würde das doch immer noch eine Bruttoeinnahme von 10 000 Mk. ergeben. Und noch einen Ausgabebetrag von 4196 Mk. Der Reinertrag der Erzeuger beträgt also mindestens 6000 Mk. für einen Hektar, während die Besitzer von diesem Reinertrag nur 800 Mk. versteuern. Die Kartoffeln ergeben mindestens einen Reinertrag von 11 000 bis 12 000 Mk. pro Hektar. Und von diesem Reinertrag wurden dem Besitzer nur 300 Mk. veranlagt. In diesem Jahre ist uns zu Ohren gekommen, daß durch das immerwährende Drängen im Volkstage der Senat und die Vereinskommmission als Reinertrag pro Hektar 1800 Mk. in Betracht kommend erklärt haben. Auch dieses ist heute noch viel zu gering. Man müßte mindestens einen Reinertrag von 3000 Mk. pro Hektar in Ansatz bringen, das würde so ungefähr, so einigermaßen das Richtige treffen. Bei jeder Gelegenheit und immer wieder ist uns hier vorgerechnet worden vom Senat, daß der Freistaat Geld braucht. Hier wäre die Quelle, Geld herbeizuschaffen.

Trasse Ungerechtigkeiten.

Wir haben einen Fall festgestellt, wonach ein Mann, der Invalid ist, ein kleines Anwesen besitzt und ein Gesamteinkommen von 2000 Mk. hat, zu 561 Mk. Steuern, während sein Nachbar, ein Besitzer, der 64 Jukta. Morgen Land — besten Ackerboden — hat, zu 600 Mk. Steuern veranlagt ist. (Vebh. Hört, hört! links.) Und nun vergleichen Sie: 561 Mk. von diesem alten schwerkranken, fast vollkommen erwerbsunfähigen Manne, und von seinem Nachbarn, dem reichen Besitzer, 600 Mk. Das sind eben die Gründe, die in dem preussischen Staatseinkommensteuergesetz zu suchen sind. Das ist es, warum eben die Vereinskommmission und die Veranlagungskommmission den Vermitteln der Armen jeden Pfennig versteuern, während diejenigen Erbsen, die die Lasten tragen könnten, vollkommen verschont bleiben. Wir müssen deshalb unter allen Umständen darauf bestehen, daß nicht nur der Tarif geändert wird, sondern daß mit diesen Bestimmungen des preussischen Staatseinkommensteuergesetzes aufgeräumt wird. Nur derjenige zahlt hier im Freistaatgebiet die richtigen Steuern, wo das Steueramt es in der Hand hat, jeden Pfennig nachprüfen zu können, während alle anderen Kreise den Staat um Millionen von Mark jährlich an Steuern betrügen. Ich gehe so weit und sage, daß wenn der Tarif des Steuergesetzes nicht nur auf dem Papier stünde, sondern wenn nach diesem Tarif wirklich die Veranlagung erfolgen würde, wir im Freistaatgebiet Danzig die Einkommen unter 20 000 Mk. überhaupt ganz steuerfrei lassen könnten.

(Bravo! links.)

Abg. Stawicki (Zentrum) verlangt vom Senat die schleunige Vorlage eines neuen Steuergesetzes.

Abg. Senke (D. P.) betonte nochmals, daß die deutschen Steuerhöhen erheblich günstiger sind. So zahlt man bei einem Einkommen von 40 000 Mark in Danzig 6350 Mark, in Deutschland 9220 Mark Steuern.

Abg. Man (l. S. P.) erklärte, daß Finanzsenator Volkmann kein Programm habe; dieser habe auf die Anfrage der Deutschen Partei keine positive Antwort gegeben, sondern habe den Volkstag brüskiert.

Senator Dr. Volkmann erwiderte, daß in der Anfrage der Deutschen Partei von einem Steuerprogramm nicht die Rede sei. Es sei unzumutbar, derartige komplizierte Probleme mit dieser Anfrage zu verbinden.

Abg. Dyk (Dink.) fühlte sich veranlagt, die Ausführungen des Genossen Reel in „das rechte Licht“ zu stellen. Dem Landwirt in Petershagen sei eine Scheune mit Inhalt verbrannt, deshalb sei dieser in der Steuer ermäßigt worden. Auf dem Lande werde die gleiche Steuer ausgedrückt, wie in der Stadt. (Zuruf Reel: Von den Landarbeitern!)

Abg. Rahn (K.) betonte, daß die Deutsche Partei die Anfrage eingebracht habe, weil ihr die Mitgliedschaft davonläuft. Einem großen Teile des demokratischen Bürgertums mißfällt die „Ehe zwischen Rantzen und Meerschwein“, und verlangt, daß die Deutsche Partei nicht mehr mit dem Zentrum und den Deutschnationalen durch die und dünn geht. Die Abstimmungen in der letzten Zeit haben gezeigt, daß diese Forderung nicht unbeachtet geblieben ist. Die kommunistische Fraktion sei damit einverstanden, daß Steuerhöhen bis zu einem Einkommen von 50 000 Mark herabgesetzt werden. Einkommen von 8—8000 Mark sollten steuerfrei sein. Redner fragt an, wann der Etat für das laufende Jahr dem Hause vorgelegt werde.

Abg. Gen. Reel: Immer dann, wenn von den Linksparteien Taxifachen angeführt werden, die die Steuerhöhe der Landwirte kennzeichnen, glaubt der Abgeordnete Dyk, die Ausführungen ins „rechte Licht“ zu müssen. Die Deffentlichkeit weiß zur Genüge, daß die Landwirte seit Jahrhunderten den Staat um die Steuern betrogen haben. (Sehr richtig! links.) Die Deffentlichkeit weiß ferner, daß durch die wahnwitzige Ausbeutung der Konsumenten, und durch die Politik des Senats, die von den Deutschnationalen unterstützt wird, ein Luxus auf dem Lande ermöglicht wird, der kaum noch zu überbieten ist. Selbst kleine Besitzer schämen sich jetzt Luxusautos zu haben, die „günstige Frau“ und der „junge Herr“ müssen Reittiere haben.

Was will es bedeuten, wenn dem Besitzer Reusel in Petershagen eine Scheune abbrennt, die vielleicht überverschätzt war. Wer läßt dem Arbeiter die Steuer nach, wenn ihn längere Arbeitslosigkeit trifft? Was ich vorgebracht habe, sind Taxifachen, die der Bevölkerung in der Stadt und auf dem Lande bekannt sind. Eine Änderung tritt erst ein, wenn durch Offenlegung der Steuerlisten jedermann persön-

Ich schreien kann, wie der Staat durch die deutschnationalen Beamten herangezogen wird.

Senator Dr. Hoffmann erklärt, daß es wiederholt das Steuerprogramm des Senats erklärt habe. Die Feststellung des Etats sei durch die Entwertung der Mark und die Neuordnung der Beamtenbesoldung veranlaßt worden.

H. Schmidt (Z.) kennzeichnet die unerbittliche Politik des Zentrums. Bei der Beratung des jetzt geltenden Steuergesetzes hat der Zentrumskanzler Stawicki gegen die Verbesserungsvorschläge der Linken gesprochen.

H. W. (Z. V.) betont, daß die Antwort des Senators Hoffmann klar erkennen lasse, daß eine Umänderung des Einkommensteuergesetzes nicht beabsichtigt ist.

H. Schmidt (Z.) nochmals versucht, die Ausführungen anderer Genossen steil abzuwehren, kommt es zu einer Auseinandersetzung zwischen deutschnationalen Abgeordneten und dem früheren deutschnationalen Abgeordneten Maack, wobei die Worte „geheißt beschränkt“ und „Idiot“ fielen.

Die Aussprache über die große Anfrage der Deutschen Partei war damit beendet.

Beschlussanträge für die Veteranen.

verlangte ein Antrag, der von dem H. G. Brodowski (Dmitl.) begründet wurde. Er verlangte, daß den Veteranen ebenso wie den Arbeitsinvaliden eine einmalige Beihilfe von 300 Mark gewährt wird.

Die Expedienten der Frau Kaldhne.

H. Schmidt (Z.) wies darauf hin, daß dieser deutsch-nationale Antrag lediglich Demagogie ist, denn der Sozialist Maack hat einstimmig den Senat ersucht, eine Vorlage über Beihilfen für Veteranen einzubringen. Wenn die Deutschnationalen die Not der Veteranen lindern wollten, hätten sie es längst tun können.

Die deutsch-nationale H. G. Frau Kaldhne wird während dieser Ausführungen sehr nervös und verläßt schließlich den Saal, wobei sie eine Weibärde macht, die bei ungezogenen Kindern häufig beobachtet wird.

H. Schmidt stellt fest, daß diese erfolgreiche Hausführung bei der Frau Kaldhne vorgenommen worden ist.

H. G. H. (Z. V.) und Frau H. G. Jupa (Zentrum) treten für Annahme des Antrages ein.

H. G. Frau Kaldhne (Dmitl.) bestritt in einer persönlichen Bemerkung, daß in ihrer Expellkammer Schinken und Speckseiten gefunden worden sind.

H. G. Schmidt (Z.) erklärte jedoch, daß seine Angaben den Tatsachen entsprechen, früher habe Frau Kaldhne sogar bestritten, daß eine Hausführung stattgefunden habe.

Der Antrag betr. Hilfe für die Veteranen wurde einstimmig angenommen.

Der Gesetzentwurf über den Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit wurde nach kurzer Begründung durch den Senator Dr. Brand dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Tilgung von Strafvermerken.

H. G. Dr. Renmann (Z. V.) bezeichnet das Gesetz über die beschränkte Auskunft aus dem Strafregister und Tilgung von Strafvermerken als einen sehr wichtigen Fortschritt. Tilgung des Strafvermerks, auch der Buchhausstrafen, soll nach zwanzigjähriger, einwandfreier Führung erfolgen.

H. G. Dr. Renmann (Z. V.) beantragt, daß eine Befreiung bei Todes- und Buchhausstrafen niemals eintreten dürfe.

H. G. Dr. Renmann (Z. V.) beantragt, daß eine Befreiung bei Todes- und Buchhausstrafen niemals eintreten dürfe. Er schlägt vor, daß jeder Mensch, der sozial denkende Mensch abgelehnt wird. Verbrechen, die mit Buchhaus bestraft werden, können aus durchaus anderen Motiven begangen werden, als die Buchhausstrafe selbst.

H. G. Dr. Renmann (Z. V.) bekämpfte ebenfalls den deutschnationalen Antrag.

Der Antrag wurde in wesentlicher Abstimmung mit 27 gegen 21 Stimmen angenommen. Die Abstimmung über die weiteren Paragraphen des Gesetzes ergab die Beschlusfähigkeit des Hauses, da die Linken nicht abstimmten, um die Vertagung des Hauses zu erzwingen.

Schluß der Sitzung 6 1/2 Uhr. Nächste Sitzung heute nachmittags 2 Uhr.

Aus dem Freistaatbezirk.

Raubüberfall auf ein Gasthaus im Großen Werder. Auf das Albrechtische Gasthaus in Brunau hat an der Chaussee Ziegenhof-Schönbaum, ist ein verwegener Raubüberfall verübt worden. Abends gegen 10 Uhr klopften zwei Männer an die Fensterscheiben mit der Angabe, sie seien beauftragt, für eine in der Nachbarschaft haltende Silberhochzeit Wein und Bier zu holen. Die Witwe Albrecht, eine Greisin von 80 Jahren, öffnete nichtisabund die Tür, als sie sofort an die Kehle gepackt wurde. In der anderen Hand ein Messer emporhaltend rief ihr der Angreifer zu: „Weißt du, was das Leben ist? Frau Siehner, eine Verwandte der Frau Albrecht stürzte ins Freie und starb um Hilfe. Sie wurde aber von dem zweiten Räuber festgehalten und gemordet. Zum Glück kam ein Fuhrwerk vorbeigefahren, aus dem man sofort zu Hilfe eilte. Der Räuber ließ darauf von seinem Opfer ab und verschwand im Dunkel der Nacht. In der Schankstube war Frau Albrecht von dem zweiten Räuber zu Boden geworfen worden. Dieser hatte die Kasse mit etwa 400 Mark an sich genommen und war durch die Hintertür entwichen. Um sich unkenntlich zu machen, hatten die Diebe ihr Gesicht mit Aschern verdeckt. Frau Albrecht hat dadurch, daß sie sich zu wehren suchte und mit der Hand auf das offene Messer griff, starke Schnittwunden erlitten. Die sofort aufgenommene Verfolgung der Räuber hat bisher zu keinem Ergebnis geführt.

Dierwid-Brand. Durch Feuer verbrannt ist Dienstag morgen das Wohnhaus des Gutbesizers Gustav Dier in Feldhof bei Dierwid-Brand mit allem Inventar. Die Ursache des Feuers, das kurz nach 8 Uhr ausbrach, war, hat noch nicht festgestellt werden können, wahrscheinlich ist sie aber auf eine Unvorsichtigkeit zurückzuführen. Durch das kühnere Geräusch des brennenden Balkenwerks erweckte der Nachbar noch rechtzeitig und konnten alle Bewohner glücklich gerettet werden. Das Einbrechen der Dierwidfeuerwehren war bei der Schnellfahrt mit der das Feuer in dem Holzhaus um sich greifen konnte, nicht mehr rechtzeitig möglich, zumal das Dierwid Gut auch etwas abseits gelegen ist, und daher einige Zeit verging, bis die erste Hilfeleistung angelangt war. Die übrigen Gebäude blieben unversehrt.

Aus dem Osten.

Wlinsk. Die Firma Schichau veröffentlichte in der „G. Z.“ ein Inserat, nach dem alle streikenden Arbeiter freilos entlassen sind, wenn sie nicht bis spätestens Sonnabend zur Arbeit erscheinen.

Li-Krone. An den Folgen einer Blutvergiftung verstarb im hiesigen Krankenhaus das 11jährige Kinderfräulein Elisabeth Sackowski. Durch Abkrachen eines Picketts hatte sie sich die Blutvergiftung zugezogen.

Waldau. In seiner Wohnung erstickt ist der Arbeiter Joh. Otto. D. war spät abends nach Hause zurückgekommen betete den Ofen seiner Stube mit Torf und ging zu Bett. Einige aus dem Ofen gefallene glimmende Torfstücke setzten den Fußboden in Brand, so daß die unter ihm Wohnenden darauf aufmerksam wurden und den D. wecken wollten. Als sie bei ihm eindrangen, fanden sie die Wohnung qualmerfüllt und Otto in seinem Bett erstickt.

hochmütigen Gesicht, dieselben stolzen Nerven, dasselbe Bild ehrwürdiger Tradition, fester Gemeinschaft bis in den Tod. Aber nun konnte ich keine Reue mehr...

Wart du bloß, liebe Armgard? Ja, du warst bloß und zitternd stielst du mir in die Arme. Ahnest du, daß die Not des Lebens begann? Sollte ich dir erzählen? Wenn ich aufstehen würde, wäre zwischen all den Toasteren und gelagter hätte, was mir begegnete an der Hand eines dieser Ritter? Wenn ich dir von deinem Bruder Robert erzählt hätte und Melitta, der Gutsheerin von Falkenhain? Und von mir und meinen Vätern?

Ja, was sagtest du noch, als sie über Wilm von Straßfurt herfielen, die ihrem Manne davongegangen war?

Der dicke alte Pröllitz brüllte es hinaus: „Ehvergeßenes Frauenzimmer“ und die Landrätin sagte hinzu: „Das wußte man doch eigentlich schon! Sie war ja immer so.“

„Wie war sie denn?“ fragte ich und der Widerspruch zitterte in meiner Stimme.

„Die Frauen sind, die nur an Vergnügungstreffen, Toiletten und Kurmachen denken“, versetzte die Landrätin mit Würde.

Ich kühlte, daß dies auch eine Spitze gegen mich sein sollte. Aber das war mir gleichgültig. Mich ärgerte das böse Maul dieser Leute, die Menschen angriffen, welche nicht da waren, sich nicht verteidigen konnten. „Das ist doch noch kein Verbrechen und weniger schlimm, als die Jagdreisen ihres Mannes, auf die er käufliche Weiber mitnimmt“, versetzte ich triumphierend.

„Wissen Sie das genau?“ schaute Major Pröllitz. „So genau, wie Sie wissen wollen, daß sie ein ehvergeßenes Frauenzimmer ist.“

„Sie ist bei Nacht und Nebel von ihrem Manne, ihrem Jungen fort.“ Der Major sah mich scharf an. Sein heißes rotes Gesicht über dem weißen Hemde sah unheimlich aus. Mein Blick glitt auf seinen Johanniterorden.

„Daran hat sie sicher recht getan“, sagte ich fest und laut. „Ja, hören Sie, Gnädigste —, Donnerwetter —, auch ein Standpunkt —, ich will es durchgehen.“

„Solche Weisheit hat der alte Saal von Falkenhain auch noch nicht gehört.“ Pröllitz hatte die Hummergabel hingelassen und sah da, als wollte er mir über den Tisch hin ein Weinglas ins Gesicht schüttern.

Brandland Opa. 8 Kinder tödlich verunglückt. Beim Sprengversuch in Brandland hat sich ein bellagender wirter Unfall ereignet. Mehrere Kinder fanden im Gese eine Sprengladung, die wohl von den Anfang des Jahres durch die Ploniere vorgenommenen Sprengungen verbleibt und bei dem Burdagehen des Nachwässers in den Geseblößen auf dem Ufergelände abgesetzt worden ist. Diese Pulverladung wurde von den Kindern zur Explosion gebracht. Bei dieser sind neun Kinder tödlich verunglückt.

Brandens. Schulen ohne Lehrer. Im Kreise Brandenburg erhielten diejenigen Lehrkräfte, welche für Brandenburg optiert haben, von der Schulbehörde die Mitteilung, daß sie vom Amte entbunden sind. Der größte Teil der noch vorhandenen evangelischen Schulen verliert dadurch seine Lehrkräfte.

Thorn. Merkwürdiger Millionendiebstahl. Der Note Zosli Awaiskowsk von der Vobzer Filiale der Expeditionsfirma Kunzschl u. Co. in Thorn war vor einigen Tagen mit einem Kasten, in dem sich rund 8857 Dollars, 1000 französische Francs und 90000 deutsche Mark befanden, von Vobz nach Thorn geschickt worden. Das Geld sollte nach Danzig weiterbefördert werden. Wie er angab, sollen ihm unterwegs 8879 Dollars aus dem Kasten gestohlen worden sein, was er nicht gemerkt haben will, da er eingeschlafen war. Der Kasten, auf dem er während der ganzen Fahrt gesessen haben will, wies allerdings einen kleinen Riß auf, jedoch nicht groß genug, um einen mehrere Zentimeter dicken Papierkasten dort hindurchzuwängen. Auch soll eine im Kasten befindliche Wurst daraus gestohlen worden sein. R. bemerkte seinen Verlust während des Zugaufenthalts in Bioclawel, erstattete jedoch dort keine Meldung. Er will Verdacht auf vier Mitreisende aus seinem Abteil haben, deren Aussehen er beschreibt. Die Polizei nahm R. dessen Angaben für wenig glaubwürdig erschienen, in Haft.

Remel. Aufgegebener Hungerstreik. Der Teilnehmer bei der Ausübung eines Handgranatenanschlags auf die Teilnehmer an der Abschießfeier des Landrats Dr. Swart in Oestreckung festgenommene Odmann der Kammern Arbeiterunion, Jenseit, der sich im Gerichtsgefängnis in Untersuchungshaft befindet, hat versucht, in einen Hungerstreik einzutreten. Er hat es jedoch nicht lange ausgehalten. Schon nach einem Tage gab er die Streikerei wieder auf und nahm das ihm vorgesetzte Essen an.

Aus aller Welt.

Explosion im Gaswerk. Gestern nacht explodierte unter starker Detonation in der Gaskanal Reutköll ein Gasküchler, der vollständig zerstört wurde. Ein Arbeiter wurde schwer verletzt.

Im Verlauf eines Wortwechsels hat in Wesseln die wegen ständiger Verschlingungen und Diebstahls bereits 80 mal vorbestrafte Ehefrau Ulla Krauser den arbeitlosen Bergmann Albert Dreikopf, mit dem sie in wilder Ehe lebte, durch einen Messerstoß in die Brust getötet. Die Mörderin wurde verhaftet. Sie behauptet, von Dreikopf zuerst mit dem Messer angegriffen worden zu sein.

Verurteilte Expresseur. Der Herausgeber des Berliner Sensationsblattes „Neueste Nachrichten“, Arthur Kell, und Detektivvolontär Max Lewandowski wurden vom Berliner Schöffengericht wegen Erpressung zu einem Jahre bzw. drei Monaten Gefängnis verurteilt. Kell beschuldigte, einen sensationellen Artikel gegen einen Bankier zu veröffentlichen. Er ließ diesem durch H. mitteilen, daß die Veröffentlichung unterbleiben könne, wenn er 2000 Mark für die entstandenen Kosten ersehe. Es kam eine Zusammenkunft Kells mit dem Bankier zustande, bei der ein Kriminalkommissar als ungehobener Zeuge die Unterhaltung mit anhörte.

Ein Opfer des Sturmes ist mutmaßlich der Dampfer „Klampenborg“ geworden. Er befand sich auf der Reise von Danzig nach Kopenhagen, dort ist er jedoch nicht eingetroffen. Jetzt ist von dem Küster des in Norrköping eingetroffenen Dampfers „Gertrud“ berichtet worden, daß er östlich von Deland ein treibendes Schiffsboot angetroffen, in dem drei Leichen lagen. Das Boot trug den Namen „Klampenborg“. Dementsprechend ist vor einigen Tagen vor Regerstadt ein treibendes Boot gesichtet, das den gleichen Namen trug. Somit scheint festzustehen, daß der Dampfer im Sturm gesunken ist.

Ich bin das Schwert!

Roman von
Ksuemarie von Mathusius.

(64.) (Fortsetzung.)

„Ja, es geschieht etwas, Mutter Kerken!“ Ich lachte, aber mein Herz, das weinte. „Ich nehme Abschied, Mutter Kerken! Leb wohl, du und deine Kinder. Morgen auf dem Schloß gibt es Matbowle, meine Schwester hat Hochzeit. Es ist ganz wie vor vier Jahren, als ich Hochzeit hatte. Alles feierte und freute sich. Leb wohl, ihr Guten, lebt wohl! Vater Kerken soll mir etwas blasen, wenn ich übermorgen durch den Wald fahre.“

Der Wald wird traurig sein, denn ich war sein Kind. Ich weiß die Gründe, wo die Anemonen duften und die Farren stehen. Ich kenne den Mummelsee am besten von allen. Da, wo der weiße Sand ist, habe ich heimlich gebadet. Die Diamanten tropfte das Wasser von meinem Haar, meinem befeuchten Körper. Ich kenne am besten den Schneepfandrich und die Amschäpffen. Das Bett der Hasen und Mebe. Ich höre dem Schrei der Wildgänse zu, die über die Wipfel fliegen und ich weiß, wo die Amsel am schärfsten singt. Auf der Wäschung am Hügelgrabe brannten die Glühwürmchen ihre Argen an, wenn der Abend kam, da leuchteten sie im Gebüsch, wie gefallene Sterne. Leb wohl, du grüner Wald, in dem es von tausend Liedern klingt, die noch nicht gesungen wurden, du Güter alles Guten!

Leb wohl ihr Weien im Parke, ihr stillen Tannen und schweigenden Bächen, du weißes, träumendes Haus. Deine Säle sind leer, deine Kerzen herabgebrannt, deine Bildleuchten nicht mehr, deine Zagen sind verblüht, verblüht ist die Gesichtliche deiner stolzen Bemohner. Sie sind nicht mehr die, deren Wäwen eine Ehrenwacht war im Lande, ein Schirm den Schranken, ein gastlicher Gruß dem Wanderer.

Vorüber ist die Zeit deiner Feite, deiner Erhebungen, deiner Arbeit, du bist ein Schatten geworden, ein trauriger Reihewort, den ich beweinen muß.

Die Glocken läuteten und Blumen lagen auf dem Wege. Es war daselbe Geleit, das auch ich hatte, als ich in der Kirche von Falkenhain getraut wurde. Es waren dieselben

„Ja, es muß immer einer die Wahrheit zuerst sagen —.“ Ich trank meinen Sekt und lachte ihn an.

Um mich war ein eifriges Schweigen entstanden. Nicht eine Frau, die mir beigegeben wäre. Ja, ich kühlte recht, wie sie innerlich von mir forttrüden.

„Gratuliere, Wandlitz, gratuliere —“, brüllte Pröllitz endlich und hob bröhnend sein Glas. „Wir hören hier das Neueste vom Neuen!“

„So — was denn?“ Mein Herr Gemahl schob die Rosenwase ein wenig beiseite, um mich sehen zu können. Er zweifelte nicht, daß ich eine Ungehörigkeit gesagt hatte. Ich sah es ihm an. Ueber meine „perverse Melange zu Taktlosigkeit“ hatte er sich ja schon mit meiner Mutter geeinigt.

Aber er kam nicht dazu, näheres zu hören. General von Eilau hatte ein sein Glas angeschlagen. Eine Rede, in der die Häuser Eilau und Falkenhain verherrlicht wurden, folgte.

Nach vier Jahren hatte mein Herz bei solchen Worten mitgeklingeln. Wie würde Armgard in vier Jahren dazu stehen? Würde sie schweigend dastehen, würde sie wie Marie Julse sagen: alles für Haus und Heimat ertragen ist Ehrensache — würde sie sich frivol und abgestumpft in ihr Schicksal ergeben, wie die meisten? Oder sollten ihr nur gute Erfahrungen vorbehalten sein? Ich forschte in dem schmalen rotverbrannten Gesicht des Klauer Herrn, über dessen Stirn das weißblonde Haar eine Tolle bildete. Der übermäßig hohe blaue Kragen seiner Kürassieruniform gab ihm ein hochmütiges Ansehen, in seinen hellen Augen war ein gutmütiger Blick. Wie hatte er sich entwickelt bei Trinkgelagen, beim Spiel, in seiner Frauengesellschaft, im rohen stumpfsinnigen Frontdienst, mit irgenbeiner konservativen Zeltung als einziger Vorkämpfer, neben einigen Wählhültern und oberflächlichen Romanen? Mühte in solcher Umgebung nicht jeder Kern erstickt werden? War es nicht für die Besten fast unmöglich, sich einen höheren Grad von Menschlichkeit zu bewahren, in dieser Uniformierung des Geschicks, der Taktlosigkeit, des Vesichls? Siebe Armgard, ich kann dich nicht warnen, nicht beschützen. Geh deinen Weg, lerne, liebe, verzweifle, aber erhebe dich wieder. Jedem leuchtet ein Stern in der Brust, jedem klingt die Melodie einer höheren Weise im Herzen; laß diesen Klang und dieses Licht nicht ganz aus deinem Leben verschwinden, sonst bist du verloren.

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

Eingruppierung der Senats- und Behörden-angestellten.

Ein Protest der Angestellten-Gewerkschaften.

Am 30. November 1921 wurde nach siebenmonatigen Verhandlungen zwischen dem Senat und den Angestellten-Gewerkschaften ein Tarifvertrag abgeschlossen, nachdem die Senatsangestellten bekanntlich in den Streik getreten waren. Die beschiedenen Wünsche der Angestellten wurden in diesem Tarifvertrage nur zum Teil berücksichtigt. Einen großen Teil der Forderungen hat die Angestellten-Gewerkschaft fallen lassen, in der Hoffnung, daß wenigstens eine, wenn auch nicht totale, so doch gerechte Auslegung der Bestimmungen des Tarifvertrages stattfinden würde. Die Angestellten-Gewerkschaft hat sich jedoch, wie die Verbände in einem an alle Fraktionen des Volkstages gerichteten Schreiben feststellen, in ihren Hoffnungen getäuscht gesehen. Die Dienststellen gruppieren ihre Angestellten nicht ihren Leistungen und ihrer Tätigkeit entsprechend ein. Es ist für den Geist des Senats kennzeichnend, daß selbst die bürgerlichen Angestelltenverbände zu folgenden Feststellungen darüber kommen: „Wenn auch die Angestelltenvertretungen bei dem größten Teil der Eingruppierungen Einspruch erhoben haben, so besteht doch wenig Hoffnung, daß der Senat, der nach Beseitigung des Schiedsaussschusses bei Einsprüchen die endgültige Entscheidung hat, eine höhere Eingruppierung verfügt. Inwiefern der Senat bei Ueberwachung der Eingruppierung sich für eine gerechte Auslegung der Tarifvertragsbestimmungen eingesetzt hat, läßt sich nicht prüfen. Es steht jedenfalls fest, daß die Dienststellenleiter in den meisten Fällen ihre Auffassung durchgesetzt haben.“

Die Organisationen haben wiederholt die mahnebenen Stellen des Senats um Abstellung dieser offensichtlich ungerechtfertigten Eingruppierung gebeten, ohne damit Erfolg zu erzielen. Obwohl Führer der bürgerlichen Angestelltenverbände im Senat sitzen, sehen sich nun die Verbände veranlaßt, den Volkstag anzurufen. Sie hoffen nun darauf, daß ihre Vertreter im Volkstage der Angestellten-Gewerkschaft bei Senats- und städtischen Behörden zu ihrem Recht verhelfen. Das Vorgehen der Angestellten-Gewerkschaften sollte allen Angestellten endlich die Augen öffnen, daß sie von dem deutschnational orientierten Senat nichts zu hoffen haben und daß auch sie die Erfüllung ihrer Rechte nur von einer grundlegenden Umgestaltung der politischen Machtverhältnisse erwarten können. Das lehrt besonders die Tatsache, daß selbst die bürgerlichen Verbände, die im Senat vertreten sind, die Forderungen der Gewerkschaften nicht durchgesetzt haben.

Schiedspruch für das Bäcker-gewerbe.

In der Lohnstreitfrage der Bäcker-Gesellen gegen die Bäcker-Innung zu Danzig hat der Schlichtungsausschuß in seiner Sitzung am 8. d. Mts. folgenden Schiedspruch gefällt: Der Wochenlohn beträgt für erste Gesellen 450 Mk., für zweite Gesellen 400 Mk., für dritte Gesellen 410 Mk. Dazu tritt eine Schichtführerzulage von mindestens 10 Mk. Andere bisher gewährte Vergünstigungen dürfen nicht gekürzt werden. Der Lohn für Ausstellen und Ueberstunden wird mit 25 Prozent Aufschlag bezahlt. Der Kost- und Logiszwang fällt fort. Nach einjähriger Beschäftigungsdauer ist den Gesellen unter Fortzahlung des Lohnes ein Urlaub von 6 Tagen zu gewähren, in jedem weiteren Jahre 2 Tage mehr, bis zur Höchstzahl von 14 Tagen. Dieser Tarifvertrag tritt mit dem 11. Februar 1922 in Kraft und gilt bis zum 1. Febr. 1923. Die Kündigung des Tarifes muß stets 6 Wochen vorher erfolgen. Die Parteien erhalten eine Frist bis zum 15. Febr. 1922 einsehlich zur Erklärung über die Annahme des Schieds-spruches.

In der Lohnstreitfrage der Arbeitnehmer der Mühlens-bäckerei G. m. b. H., Groß-Waldorf, und der Danziger Brotfabrik hat der Schlichtungsausschuß in seiner Sitzung am 8. d. Mts. folgenden Schiedspruch gefällt: Der Wochenlohn beträgt 450 Mk. Dazu tritt eine Schichtführer-zulage von mindestens 10 Mk. wöchentlich. Die bisher ge-währten Vergünstigungen fallen fort. Die am 1. Ok-tober 1921 gezahlten Löhne der weiblichen Hilfskräfte der Danziger Brotfabrik werden um 60 Prozent erhöht. Die Bestimmungen bezüglich der Ueberstunden und des Urlaubs bleiben wie bisher bestehen. Vorstehende Lohnregelung tritt mit dem 1. Februar 1922 in Kraft und gilt bis zum 1. Febr. 1923. Die Kündigung muß stets 6 Wochen vorher erfolgen. Die Parteien erhalten eine Frist bis zum 15. Februar 1922 einsehlich zur Erklärung über die Annahme des Schieds-spruches.

Danziger Stadttheater.

„Sumpferbinds „Hänsel und Gretel“.

Bruder und Schwester, Engelbert und Udelheid, im engen Bunde, schufen aus der Gemütsanfekt des Blutes dies kostbare Stück urdeutscher Märchenwelt. Die Schwester war glücklicher. Ihrem ganz auf Kindlichkeit und märchenhafter Waldbeobacht eingestellten Wort kam der Bruder, beschwert durch künstlerische Traditionen und öfter als gut in hoch-dramatischem, musikalischem Gewande, nicht immer in glei-cher Weise entgegen. Aber sie bleibt doch etwas ganz Abst-liches, diese Märchenoper, die den Freund und Schüler Wagners groß machte und für alle Zeiten als groß bestehen lassen wird, auch wenn längst alles andere aus seiner Werk-statt vergessen ist. Uns Danziger ist das Werk durch eine über alles Lob erhabene Aufführung im Zoppoter Walde unvergessen. Daran darf man die gelungene Darbietung nicht messen. Eine sehr liebevolle und laubere Orchester-leistung allein konnte voll bestehen. Die Schwierigkeit für den musikalischen Leiter liegt zuoberst darin, die oft dicke Polyphonie, das engmaschige kontrapunktische Gewebe zu klären und ihm als Sumpfhörner Geltung zu lassen. Darüber hinaus aber auch das Schwergewicht auf „Märchen“ zu legen. Weidens war Otto Seiberg recht gut, teilweise, so im 1. Teil des 1. Aktes der Waldszene und im Finale, sogar glän-zend gelungen. Freilich wurde ihm seine Arbeit durch die Solisten nicht leicht gemacht, so daß manches für das Ohr träfliger kam, als es bei vollwertiger Durchführung des Befanglichen gewirkt hätte. Besonders Lob verdient Ju-lius Brischke. Seine Bilder und Arrangements zeigten Farbe, Geschmack und eine sehr glücklich getroffene roma-nische Stimmung. Auch vermied er erfreulicherweise jedes Zügel an Zauberkolossalismus und betonte überall das Schlichte, Fröhliche des deutschen Märchens. Leider ist damit

Die sozialdemokratische Volkstagesfraktion hat im Volks-tag beantragt, den Senat zu ersuchen, dem Volkstage mit möglicher Beschleunigung eine Gesetzesvorlage vorzulegen, wonach der 1. Mai und 9. November als Feiertage erklärt werden.

Der städtische Zuschuß zum Danziger Stadttheater erhöht sich trotz der bevorstehenden Vereinigung mit dem Zoppoter Stadttheater um weitere 850 000 Mk für die Spielzeit 1922/23. Gelingt es nicht, auch das Wilhelm-Theater in diese Vereinigung einzuschließen, so erhöht sich diese Summe um weitere 150 000 Mk. Der Senat beantragt bei der Stadtverordneten-versammlung, einer Vereinbarung über den gemeinsamen Theaterbetrieb zuzustimmen und die angeforderte Summe zu bewilligen. Ueber eine teilweise Erhöhung der Eintritts-preise vom Beginn der nächstjährigen Spielzeit an will der Senat demnachst der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen lassen.

Nachbewilligungen der Staatsüberschreitungen beantragt der Senat bei der Stadtverordnetenversammlung. Die Ueberschreitungen reichen teilweise bis 1916 zurück. An Nachbewilligungen erfordern u. a.: Tiefbauverwaltung 447 770 Mk., Kanalverwaltung 290 688 Mk., Jugendamt 68 884 Mk., Parkverwaltung 182 845 Mk., Wasserwerke 868 862 Mk., Müllbeseitigung 886 959 Mk., Straßenreinigung 1910 803 231 Mk., 1920 477 519 Mk.; Betriebsmittelver-waltung 1920 8 664 465 Mk., Elektrizitätswerk 2 675 924 Mk.

Die Gebühren für die Freilagerplätze für den am Kai des Kaiserhafens belegenen Platz sollen auf 50 Pfg., für die übrigen Plätze auf 30 Pfennig je Quadratmeter und 10 Tagen festgesetzt werden. Die nächste Stadtverordneten-versammlung hat über die Erhöhung zu befinden.

Ueber Reparaturkosten und Verpackung von Fahren, und zwar einer Motorboot- bezw. Dampferverbindung der Fahren Weichselmünde-Neufahrwasser und Milchpeter-Tropl veröffentlicht der Senat im heutigen Anzeigenteil eine Bekanntmachung.

Ausgabe der Brot- und Mehlmarken. Die Brot- und Mehlmarken werden diesmal gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 21 bei den Bäckern, Brot- und Mehlhändlern ausge-gaben.

Arbeitslosenunterstützung und der Verdienst der Frau. Der Arbeitslose Ch. W. in Odra war wegen Arbeitslosen-unterstützung bei der Gemeinde angekommen und erhielt sie auch. Er verweigerte aber, daß seine Frau eine Hölerei be-treibt. Deshalb wurde er wegen Betruges angeklagt und stand nun vor dem Schöffengericht. Er gab an, daß ihm diese Frage nicht vorgelegt worden sei. Die Hölerei bringt aber täglich 3 bis 5 Mk. Gewinn, davon könne die Familie nicht leben. Das Gericht erkannte auf 200 Mk. Geldstrafe wegen Betruges. Der Angeklagte hätte die Hölerei angeben müssen, dann würde er vielleicht nur einen Teil der Unter-stützung erhalten haben.

Vermisstes Dienstmädchen. Von einem am 20. Januar 1922 unternommenen Ausgange ist das 19jährige Dienstmä-chen Johanna Lehmer, 8. Damm 11, 1 Tr., wohnhaft gewe-sen, nicht mehr zurückgekehrt; es ist auch nichts Näheres über ihren Verbleib bekannt. Die Lehmer ist 1,65 Meter groß, corpulent, hat dunkelblondes Haar. Sie war beklei-det mit kariertem Kleid, welcher mit blauen Streifen ver-sehener Bluse, Kauschhade, hohen, schwarzen Schnürschuhen und schwarzem oder dunkelblauem Hut. Zweckdienliche Mit-teilungen erbittet das Polizeipräsidium, Abteilung 1 c.

„Eine Weichselfahrt von Thorn nach Danzig“ ver-aussaltet der Deutsche Heimatbund am Dienstag, den 14. Februar, abends 8 Uhr im Saale der Naturfor-schenden Gesellschaft in der Frauengasse. In Lichtbild- und Filmvorführung werden alle die schönen Landschafts- und Städtebilder, an denen uns die Weichsel vorüberführt, gezeigt werden. Herr Prof. Dr. Lato-witz wird den begleitenden Vortrag halten. Wir weisen auf die Anzeige in unserem Blatte hin.

Um was sich die Schutzpolizei kümmert. Der Arbeiter D. B. aus Danzig hatte sich wegen Beleidigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu verantworten. Beim Verlassen eines Dampfers hatte ein Arbeiter einen Beutel Fegsel mitgenom-men. Die Schutzpolizei hielt ihn an. D. B. mischte sich ein und meinte, die Polizei solle sich um die gro ß e n Schie-ber kümmern und nicht wenn jemand etwas Fegsel mitnimmt. Auch die andern Arbeiter nahmen Stellung gegen die Polizei. Die Polizei zog die Revolver und wurden diese dem Angeklagten auf die Brust gesetzt. Er nannte seinen Namen, wurde aber doch festgenommen. Er wollte nach einer Be-

auch das Wertvollste der gestrigen Leistung erschöpfen. Meina Bachhaus ausgenommen, die das Taumännchen zart und edel sang, ragte aus dem Solistenensemble nichts über sehr maßvolle Durchschnittlichkeit hinaus. Dem Kinderpaar fehlte es vor allem an freihem und kindlichem Uebermut. Neben der wenigstens gefanglich noch annehmbaren Gretel der Frau Gladiolus erblachte Gertrud Weiling (Hänsel) fast völlig und kam in die nötige stimmliche Form fast nur da, wo sie vom Orchester frei war. Für den Weisenbinder fehlt der Stimme des Ernst Claus (laut Aufschlag indispon-ner) der erforderliche Wackcharakter; musikalisch bot er aber eine solide Leistung. Als sein Weib war Margarethe Neff nur hier und da textlich zu verstehen. Gänzlich ver-sehlt war aber die Amsperhere Alice v. d. Linden, die statt des Dämonisch-Gespensierhaften eine hübe Maskenglosse gab und von einem Trivial in andere purzelte. Auch das Sandmännchen, von Hella Voelck recht unruhig agierend, haben wir hier schon wesentlich besser gehört. Das unkon-terfachte Haus spendete reichen und herzlichen Beifall. W. D.

Der Oper schlossen sich sieben von der Balletmeisterin Lolite Horsten einstudierte und vom Kapellmeister Wate-ter mit dem Orchester begleitete Tanzbilder an, die erstens Streben knudaten und sehr beifällig aufgenommen wurden. Vor allem das von den beiden Kindern, Margot Kuser und Brümhilde Böhn, geköpfte „Maz und Morth“-Stückchen. Das künstlerisch Wertvollste stellte eine „Tanzlegende“ dar. (Zu Schuberts Ballettmusik aus „Rosamunde“.) Die (trotz zweifelhafter musikalischer Ausdeutung) mit viel Berue ge-lanzte „Aufforderung zum Tanz“ von E. W. v. Weber, und „Liebeswerben“ (nach der „schönen blauen Donau“) waren weniger reich an künstlerischen Einfällen und wollten mehr vom tanztchnischen Standpunkt bewertet sein.

zelswache, wo er wohnt, die Polizei aber wollte ihn nach der Wache am Weichselbahnhof bringen. Er widersetzte sich der Abführung und es wurde ihm eine Kette angelegt. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten zu 500 Mark Geldstrafe. Die Berufungs-stammmer erhöhte die Strafe wegen Beleidigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt auf 1500 Mark Geldstrafe.

Ein Rowdy in Uniform. Der Polizeiwachmeister Franz Hallmann in Danzig hatte sich wegen vorsätzlicher Körper-verletzung in Ausübung seines Amtes zu verantworten. Am 28. Mai nachts schlug er ohne jede erkennbare Veranlassung dem Redakteur B., der sich auf dem Heimwege befand, eine derartige Ohrfeige, daß das Trommelfell platzte, und eine dauernde Störung des Gehörs geblieben ist. Die Körper-verletzung erfolgte nach einigen ruhigen Worten und nach-dem der Redakteur seinen Namen und Adresse genannt hatte. Der Polizeiwachmeister verweigerte nach der Tat die Nennung seines Namens. Er wurde aber am nächsten Tage auf dem Polizeibureau festgesetzt. Der Wachmeister suchte die Sache so darzustellen, als habe der Redakteur ihn angegriffen wollen und er habe ihn dann nur berührt. Der Verletzte trat für eine milde Strafe ein. Mit Rücksicht hier-auf erkannte das Schöffengericht nur auf 300 Mark Geld-strafe. Der Anwalt legte Berufung ein. Die Sache kam nun vor der Berufungsstammmer nochmals zur Ver-handlung. Der Angeklagte, der jetzt nicht mehr im Dienst ist, war nicht erschienen. Es wurde ohne ihn verhandelt. Das Gericht kam zu folgendem Urteil: Der Angeklagte hat sich im Dienst der vorsätzlichen Körperverletzung schuldig gemacht. Strafmildernd ist, daß er unbekannt ist. Deshalb wurden ihm mildernde Umstände zugebilligt. Strafschärfend ist aber, daß er, der zum Schutze des Publikums bestellt ist, sich derartig benimmt. Deshalb wird auf die höchste zulässige Geldstrafe von 500 Mark erkannt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 12. Fev. d. J., vor-mittags 10 Uhr, Pögenpöhl 16, Erbauung. Thema: Wofür lebt du?

Polizeibericht vom 10. Februar 1922. Festgenommen 6 Personen, darunter 1 wegen Diebstahls, 1 wegen groben Unfugs, 2 in Polizeihaft; obdachlos 2 Personen. — Gefun-den: 1 Sicherheitsstiftel; 1 polnischer Paß für Agathe Djalst; 1 Krankenschein für Gustav Eggert; 1 Notenstück; 1 schw. Paßmuff; 1 Wirtin und 1 Ring; 1 weißer Rosen-kranz; 1 schw. Damenschirm; 1 graue Damenhandtasche mit Blumen bestickt und 2 Taschentücher; 1 Eisenbahnfahrkarte für Hermann Mieluski, abzuholen aus dem Fundbureau des Polizei-Präsidiums. — Verloren: 1 Kr. Geldtasche mit 2240 poln. und 500 Mark deutschem Geld; 1 gold. Damening mit 1 Rubin und mehreren Brillanten besetzt, abzu-gelien im Fundbureau des Polizeipräsidiums.

Verammlungs-Anzeiger

Arbeiterjugend Danzig: Freitag, abends 7 Uhr, im Heim: Mandolin-abend. Nur Mandolinenspieler haben Zutritt. — Son-natag, morgens 9 1/2 Uhr: Besichtigung der Gasanstalt 2. Treffpunkt vor derselben. — Abends 8 Uhr: Mit-gliederversammlung. Die wichtige Tagesord-nung macht das Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Jungsozialistengruppe: Heute, Freitag, abends 7 Uhr, im Parteibureau: Vor-trag des Genossen Massow: Demokratie und Parlamen-tarismus. Anschließend Aussprache. Gäste willkommen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Vertrauensleute aller Gewerkschaften und Gewerk-schaftsvereinigungen der D. M. u. H. W.! Sonnabend, den 11. Febr., nachmittags 3 1/2 Uhr, Siveliusplatz 1/2, Ver-trauensmännerversammlung. Thema: Stellungnahme zum Schiedspruch. Verhandsbücher und Ausweisarten sind vorzulegen.

Polnische Mark:	5 90	am Vortage 6,—
Amer. Dollar :	195	" " 192
Englisches Pfund:	857	" " 840



	7.2	8.2	Kürzebrack . . .	+1,62	+1,57
Zowichost . . .	+1,26	+1,27	Montauespize . . .	+1,06	+1,01
	8.2	9.2	Piechel	+1,14	+1,08
Marzhan	+1,56	+1,57	Dirschau	+0,64	+0,62
	7.2	8.2	Einlage	+1,94	+2,00
Ploß	+1,31	+1,30	Schiewenhof . . .	+2,10	+2,20
	8.2	10.2	Schnar D. P. . . .	+6,62	+6,63
Thorn	+1,23	+1,26	Walgenberg D. P.	+4,68	+4,68
Jordan	+0,72	+0,55	Neuhorferbüsch .	+2,02	+2,00
Utm	+1,27	+1,22	Unwachs	+0,97	+0,91
Graudenz	+1,07	+0,96			

Eisbericht vom 10. Februar 1922. Wetchei. Von Km. 6 (Schilno) bis 188,5 Eisstand, mit Ausnahme von Km. 64,7 bis 66 und 92 bis 93. Eisaufruch vor Ort bis Km. 188,5 (Dirschau—Zetsgendorf). Von Km. 188,5 bis zur Mündung Randeis und Bruchkeistreiben. — Eisbrechdampfer „Brabe“ hinfert in Dirschau, „Drewenz“ und „Dja“ ar-beiten an der Beseitigung einer Eisfestung unterhalb Ba-rendt. In Einlage liegt „Montan“ nach Nachdienst, „Mogal“ mit Kesselreparatur. „Ferse“ und „Schwarzwasser“ beim Aufeisungsdienst im Danziger Hafengebiet.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Ernst Boops in Danzig; für Inzerate Bruno Gwert in Döba. — Druck von J. Gehl & Co., Danzig.

Gosda Schnupftabak
garantiert rein gekachelt
Überall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Häkergasse 8.

Die Geheimnisse, Misset und Wunder der indischen Yogis und Hölle wird der Professor Dr. W. Stadthagen in dem zweiten seiner Experimentalvorträge behandeln, die in der nächsten Woche im Friedrich-Wilhelm-Säulenhof stattfinden. Der Vorträge sind nicht schon einmal von den an das Unbegreifliche, die Grenzen des Unerklärlichen kreisenden Leistungen der Natur und Yogis gehört, jener Leute, die ihre ganze Lebensaufgabe setzen im Wachen und in Vorbereitungen auf den Tod? Die meisten Europäer suchen unglücklich die Hölle, wenn sie lesen, daß es Menschen gibt, die imstande sind, das Schmerz- und Hungergefühl gänzlich auszuschalten, die auf Wunsch den Pulsschlag beschleunigen, verlangsamen, oder gänzlich aussetzen und sich viele Tage hindurch wirklich begraben lassen und nachher weiterleben wie zuvor. Da die indischen Yogi und Geheimlehrer durch ihre, nur von Mund weitervererbten, aus tiefstem religiösen Empfinden heraus geborenen Geheimlehren wie kostbare Schätze vor den Augen und Ohren Unberufener verbergen, ist es naturgemäß äußerst schwierig, näheres darüber in Erfahrung zu bringen. Stadthagen ist bisher wohl der einzige Gelehrte, welcher diesen Problemen, die Indien und auswärts, als Forscher auf den Grund ging und sie mit Hilfe des Mittels moderner Wissenschaft auf leicht verständliche Naturgesetze zurückführte, so daß der Laie nicht nur seinen vorläufigen Ausführungen zu folgen vermag, sondern die erklärten Dinge größtenteils durch die in dem Vortrag angelegten Schlußfolgerungen selbst auszuführen vermag. Als Hauptpunkte dieses Vortrages seien genannt: Das Schmerz- und Hungergefühl. — Die der Natur tagelang ohne Schmerzgefühl zu hungern vermag. — Das Wunder des geflügelten Wassermantels. — Die Aushebung der Schmerzempfindung. — Geheimnisse. — Gaultierkranke. — Nerven durch Augen und Ohren. — Erscheinungen von Flammen an den Fingern. Diese Stichworte zeigen zur Genüge, daß uns in diesem Schauertrage Dinge gezeigt werden, wie wir sie hierorts bisher noch nie sahen. Wir dürfen also — und die vorliegenden Presseartikel bestätigen das — auf etwas ganz Außergewöhnliches rechnen. Es ist zu empfehlen, sich rechtzeitig mit Eintrittskarten zu versehen.

Bermischtes.

Die Ermordung des indischen Studenten Singh, die ursprünglich auf politische Motive zurückgeführt worden war, beschäftigt zur Zeit das Schwurgericht des Berliner Landgerichts 8. Wegen Mordes ist der Arzt Max Arnold eingeklagt, wegen Beihilfe der Dreher Paul Körwien und wegen Anstiftung die Witwe des Ermordeten Frau Singh geb. Weder. Der Indier Singh ist in der Nacht zum 21. Januar v. J. in der Wohnung seiner Schwiegereltern in Charlottenburg, wo er mit seiner Frau zwei Zimmer inne hatte, ermordet worden. Die Tat ist, wie die Anklage behauptet, vom Angeklagten Arnold unter Beihilfe des Körwien und auf Anstiftung der Frau Singh vollbracht worden. Arnold befand sich in einer sexuellen Hörigkeit zur Frau Singh und soll ihr blind ergeben ge-

wesen sein. Die Ehe des Ehepaars Singh, die 1920 zustande gekommen war, war vielfach getrübt. Frau Singh hatte im Freibad Grünau den Angeklagten Arnold kennengelernt, der zu Hause eine todkranke Frau hatte, und war mit ihm ein intimes Verhältnis eingegangen. Sie soll nun, wie die Anklage behauptet, dem Arnold fortgesetzt über ihre Ehe vorgelammert haben, so daß dieser es schließlich für seine Mitternacht hielt, die Frau von ihrem angeblichen Weiniger zu befreien. Auch reiste sie seine Geldgüter durch folgende Erbschaft: Die englische Regierung habe auf einige Indier, unter denen sich auch Singh befände, wegen englandseitsiger Propaganda sehr hohe Belohnungen ausgesetzt, die sich Arnold doch verdienen könnte. Schließlich hat sich Arnold bereit erklärt, den Chemiker E. umzubringen. Die Tat, zu deren Mitwirkung sich sein Bekannter Körwien ohne weiteres bereit erklärte, ist dann in der Nacht zum 21. Januar ausgeführt worden. Der Indier wurde von Arnold mit Messer bedrückt und dann erdrosselt. Um einen Mordmord vorzutäuschen, nahm er dem Ermordeten seine goldene Uhr weg, verstreute alle Papiere auf den Fußboden und kletterte dann durch das Küchenfenster auf den Hof hinaus, wo er mit Körwien wieder zusammentraf und gemeinsam mit ihm das Haus verließ. Dies ist im allgemeinen der Tatbestand, der der Anklage zugrunde liegt.

Das Eindringen des Atlantischen Ozeans in die Nordsee. Die Tatsache, daß der Atlantische Ozean in immer stärkerer Nähe in die Nordsee eindringt, ist von Gelehrten des englischen Marine-Laboratoriums zu Borewest festgestellt worden. Es wurden hydrographische Untersuchungen in dem Teil der Nordsee vorgenommen, wo der sonst reichlich zu findende Fering sich nicht eingestellt hat. Man untersuchte die Wasserfläche von Borewest die Küste aufwärts bis Scarborough und dann eine Strecke ins Meer hinein von etwa 800 Kilometern. In Entfernungen von 80 Kilometern wurden Proben aus den verschiedenen Wasserschichten von der Oberfläche bis zum Grunde genommen, und dabei erkannte man, daß sich in den tieferen Schichten der Nordsee eine ganz ungewöhnlich große Menge von Wasser des Atlantischen Ozeans befindet. Das atlantische Wasser kann von dem Nordseewasser sehr leicht unterschieden werden durch den höheren Salzgehalt, die größere Wärme und die Verschleichenheit des Planktons, der kleinen tierischen und pflanzlichen Lebewesen. Die Ursache für dieses starke Einstürmen des atlantischen Wassers, das doppelt so groß sein soll wie früher, ist nicht bekannt; man weiß auch nicht, ob das Ausbleiben der Feringe damit zusammenhängt.

Millionen erschwindelt. Der Hamburger Kaufmann Hermann Brühn verkaufte waggonweise Korn, das er gar nicht besaß, nach Schwertin, Flensburg, Berlin und anderen Städten. Die Zahlung sollte bei Vorweilung des Duplikatfrachtbriefes erfolgen. Das geschah. Die Papiere waren aber von B. gefälscht. Als die Betrügerereien herauskamen, floh Br. nach Dänemark. Dort war die dänische Polizei bald hinter ihm her, weil er auch dort Betrügerereien in Höhe von 40000 Kronen beging. Br. floh über die Grenze und war verschwunden. In Mendeburg wurde Br. aufgeföhrt und

verhaftet. Unterwegs schnitt er sich beide Pulsadern durch. Er will von den Millionen nichts mehr besitzen. Doch glaubt ihm die Polizei das nicht, da sich 5 1/2 Millionen (40000 Kronen machen 2 Mill. Mark aus) in einem Vierteljahr (Schick) ausgeben lassen.

Brennender Passagierdampfer. Der Passagierdampfer „Northern Pacific“ hat bei Kap Nag Feuer gefangen. Die Fahrgäste sind auf andere Schiffe gebracht worden. Vier Personen sollen bei dem Brande umgekommen sein.

Kleine Nachrichten.

Es wird Ernst. Die Reuter aus Washington meldet, hat Flottensekretär Denby auf Anweisung des Präsidenten Harding alle Bauarbeiten an 14 großen Kampfschiffen einstellen lassen. Die Maßnahme steht mit dem Flottenprogramm in Übereinstimmung.

Die deutsche Delegation für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien hat sich gestern abend unter Führung des Reichsministers a. D. Schiffer nach Genf begeben.

10-Stundentag im polnischen Handelsgewerbe. Der Sejm nahm ein Gesetz über die 10-stündige Arbeitszeit im Handelsgewerbe und einen Antrag an, daß Handlungsgeschäfte ununterbrochen 10 Stunden ohne Mittagspause geöffnet sein müssen. Nachdem Polen die Bestimmungen über den Acht-Stundentag bereits vor einiger Zeit erheblich gelockert hat, ist dieser Beschluß der erste Schritt zur endgültigen Abschaffung des Acht-Stundentages in Polen.

Erste Unruhen in Indien. „Evening News“ melden erste Ausschreitungen im Bezirk von Madras (Indien), bei denen die Polizei auf eine Volksmenge von 10000 Personen feuerte. Drei Personen wurden getötet, acht verletzt. Die Lage wird täglich drohender.

Zum nationalen Trauertag soll auf Antrag der Deutschen Partei im Reichstage der Tag der Liebergabe Oberschlesiens an Polen gemacht werden.

Der Nordostsee-Kanal ist wegen des Eises von gestern ab für die Schifffahrt gesperrt. Selbst große Eisbrecher bleiben im Eise stecken.

Werksarbeiterstreik in Hamburg. Auf der Schiffswerft und Maschinenfabrik vorm. Jansen u. Schminsky ist die gesamte Belegschaft in den Streik getreten, weil fünfzehn Arbeiter entlassen sind, die sich in einer Versammlung hervorgetan haben sollen. Die Werksleitung macht bekannt, daß sich alle seit Mittwoch ausständigen Arbeiter als entlassen zu betrachten haben und Wiedereinstellungen nur unter bestimmten Bedingungen vorgenommen werden.

Ämtliche Bekanntmachungen.
Ausgabe der Brot- und Mehlkarten.
Die Brot- und Mehlkarten werden diesmal gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 21 bei den Bäckern, Brot- und Mehlhändlern ausgegeben.
Danzig, den 10. Februar 1922.
Der Senat. (6102)
Städtisches Ernährungsamt.

Bekanntmachung.
Wir beabsichtigen, eine Motorboot- bzw. Dampferverbindung bei den Fähren Weichselmünde-Neufahrwasser und Milchpeter-Tropf einzurichten und die Fähren neu zu verpacken. Nähere Auskunft wird erteilt in der Kaserne Hohe Seigen, Zimmer 80.
Schriftliche Angebote sind zu richten an den Senat, Abteilung B, Verkehrsamt, bis zum 20. d. Mts. (6103)
Danzig, den 9. Februar 1922.
Der Senat.

Stadttheater Danzig.
Direktion: Rudolf Schaper.
Heute, Freitag, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr
Dauerkarten C 1.
Zanahäuser
und der Sängerkrieg auf der Wartburg
von Richard Wagner.
Szenische Leitung: Oberregisseur Julius Brischke.
Musikalische Leitung: Otto Selberg.
Inspektion: Otto Friedrich.
Personen wie bekannt. Ende 10 Uhr.
Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 1.
Gaijparone. Operette.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr. Kleine Preise
Zum vorletzten Male. Rosenbüchchen.
Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine
Biligkeit. Händel und Gretel. Märchenoper.
Montag, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 1. Aida.
Große Oper.

Wilhelm-Theater
vereinigt mit dem Stadttheater Loppot. Dir. Otto Normann
Heute, Freitag, den 10. Februar,
abends 7 1/2 Uhr
Kassenöffnung 6 Uhr
„Der Vogelhändler“
Operette in 3 Akten von Karl Zeiler.
Sonntag, den 12. Februar:
„Der keusche Lehemann“
Schwank in 3 Akten.
Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freyman, Kohlenmarkt
von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr
an der Theaterkasse. (6047)

„Libelle“
Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Ufa Ufa
Licht- UT Spiele
Vom 10. bis 16. Februar:
Seine Exzellenz
von Madagaskar
Der 2. und letzte Teil dieses
überaus lustigen Filmwerkes
Stubbs der Detektiv
5 große Akte mit
Eva May
Georg Alexander
Paul Otto
in den Hauptrollen.
Ferner:
Der Rauhreiter
von Desert Pass
Ein Kampf zwischen Siedlern
und Banditen in 5 Akten.
In der Hauptrolle:
William S. Hart
Vorführung 4, 6, 8 Uhr.
Sonntags Beginn 3 Uhr.
Wegen des täglich großen An-
dranges zu den Abendvorführungen
empfehlen wir den Besuch der
Nachmittags-Vorstellung.

Bürgerschützenhaus
Heute Freitag: (6100)
Familienkränzchen

Stroh-
Panama-
Velour-
Filtz-
Hüte
für Damen und Herren
werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten
Formen bei sorgfältigster Ausführung in
kürzester Zeit
umgepreßt,
gewaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhut-Fabrik
Hut-Bazar zum Strauß
Annahmestelle
nur Lawendelgasse Nr. 6-7.
(gegenüber der Markthalle). (6120)

Verloren
auf dem Vergnügen des
Gesang-Vereins „Sänger-
gruß“ einen
braun. Pelzkragen.
Der Finder wird gebeten,
denselben in der Exped. d.
Danziger Volksstimme,
Am Spandhaus 6 abzugeben.

5936
High Class
Virginia
Tobacco for Pipe.
In allen einschlägigen
Geschäften erhältlich.

Maskenkostüme
f. Herren- u. Damen billig z.
verl. Manske, Schöhaug, I, II,
(6098)

Volkspflege.
Bewerkschaftlich-Benossen-
schaftliche Versicherungs-
Aktiengesellschaft
- Sterbekasse. -
Kein Policenverkauf.
Günstige Tarife für
Erwachsene und Kinder.
Ankunft in den Bureaus
der Arbeiterorganisationen
und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35.

Schulfr. Mädchen
für den ganzen Tag zu
einem Rinde gef. Melb.
Am Schild 7a pt. r. (†)
Suche eine
Wachfrau
für 1 bis 2 mal wöchentlich.
Prinnoth, Lobiassa, 4. (†)
Wäsche
wird sauber gewaschen u. im
Freien getrockn. Fr Breyke,
Schöhaug, Weinbergstr. 20 (†)

Möbel aller
Art
zeitgemäß billig noch bei
Dag. David Nachf.
Altstätt. Graben 11
6064
Kleine Anzeigen
in unserer Zeitung sind
billig und erfolgreich.

Jetzt ist es Zeit
Kindern
echte Lebertranemulsion
zu geben. Lebertran ist ein be-
währtes **Kraftigungsmittel**, das
blutreinigend wirkt und großen
Nährwert besitzt. Ferner empfehle
zur **Kraftigung**
Malzextrakt, Sanatogen, Pepsinwein
u. s. w. 5633
Drogerie am Dominikanerplatz
Bruno Fasel
Junkergasse Nr. 12, an der Markthalle

Neuerkheinung:
Der Frauen Hauschatz
Jahrbuch für Arbeiterfrauen u. Töchter
Herausgegeben von
Wilhelmine Kähler.
Preis 8 Mark.
Buchhandlung Volkswacht
Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Deutscher Heimatbund
Lichtbildervortrag
mit Filmvorführung
des Herrn Professor Dr. Lakowitz:
Eine Weichselfahrt von Thorn
nach Danzig (6101)
Dienstag, den 14. Februar, abends 8 Uhr
Naturforschende Gesellschaft, Frauengasse 26.
Mitglied 1 M., sonst 3 M.